

Auf dem Platz des Ministerpräsidenten

integ führt lebhaftes Gespräch im Niedersächsischen Landtag

Am 4. November 2003 besuchte die integ Jugend den Niedersächsischen Landtag in Hannover. Auf Initiative der integ Rotenburg nahmen über 40 TeilnehmerInnen, integ- und SoVD-Mitglieder sowie Mitarbeiter der Wümmeler Werkstätten der Lebenshilfe Rotenburg/Wümme an dieser Landtagsbesichtigung teil, um hinter die Kulissen des Hohen Hauses zu sehen.

Der Besuch begann mit einem Vortrag und einem Film über die Geschichte und Arbeit des Landtages. Anschließend besah sich die Gruppe die Sitzungszimmer und durch die Kunstgalerie. Da alles begutachtet und ausprobiert werden konnte, wurde selbstverständlich auch der Sitzplatz des Ministerpräsidenten Christian Wulff im CDU Fraktionszimmer getestet. Erstaunen gab es auch im Fraktionszimmer der SPD: Die Portraits von Willy Brandt, Kurt Schumacher und Heinrich Ollenhauer waren sehr beeindruckend.

Die Führung begleitete der Landtagsabgeordnete Jan-Christoph Oetjen aus dem Wahlkreis Rotenburg/Wümme. Im Plenarsaal des Niedersächsischen Landtages endete die Führung. Die Plätze der Landtagsabgeordneten wurden sofort in Beschlag genommen. Natürlich auch der Platz des Landtagspräsidenten und der Niedersächsischen Ministerin Dr. Ursula von der Leyen. Jetzt war Gelegenheit, mit den Abgeordneten Mechthild Ross-Luttman, ebenfalls aus dem Wahlkreis Rotenburg und Jan-Christoph Oetjen ein Gespräch zu führen und Fragen zu stellen.

Markus Dreher, Vorsitzender der integ Rotenburg, stellte das Eckpunktepapier des Niedersächsischen Behindertenbeauftragten und des Landesbehindertenrates vor. Außerdem machte er darauf aufmerksam, dass kommunale Behindertenbeauftragte wichtig seien. Die Diskussion zur Behinderten- und Sozialpolitik wurde sehr lebhaft, vor allem aufgrund

der geplanten Sparmaßnahmen. Viele Fragen wurden gestellt, insbesondere von den Mitarbeitern der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Während der Diskussion wurde den Abgeordneten die Düsseldorfer Erklärung überreicht und eindringlich auf die Situation der Menschen mit Behinderung hingewiesen. Die integ machte deutlich, dass der Integrationsgedanke nicht nur im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen thematisiert werden müsse, sondern dauerhaft. Auch zukünftig wird sich die integ intensiv in das behindertenpolitische Geschehen einmischen und sich für Menschen mit Behinderungen stark machen.

FK

Der zu dicke Teppichläufer

Das „Projekt Wohnraumanpassung“ in Hannover – Bärbel Weichhaus berät und begleitet

Wie ältere Menschen in ihrer vertrauten Wohnung unabhängig und selbständig bleiben können, war bereits Thema in der vergangenen Ausgabe des Niedersächsischen-Echo. Hannover hat neben der Altenwohnberatung durch die Region Hannover noch ein weiteres Konzept zu bieten: Das „Projekt Wohnraumanpassung“, getragen vom Verein AHA! e. V. (Arbeitskreis Humane Architektur). Es ist eine Maßnahme in Kooperation mit der Stadt Hannover, die auch die Spitzenfinanzierung übernimmt. Kostenlos beraten werden Seniorinnen und Senioren, die das 60. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz in Hannover haben, die nicht mehr erwerbstätig sind und nicht in einer Alten-Wohnanlage leben. Als letzte Voraussetzung für die kostenlose Beratung gilt: Sie müssen Sozialhilfe oder Grundversicherung beziehen. „Dafür ist jedoch auch die gesamte Wohnraumanpassung für diese Zielgruppe kostenlos“, so Wohnberaterin Bärbel Weichhaus. Der Diplomingenieurin, Fachbereich Architektur, ist bei dieser Beratung vor allem die psychologische Seite wichtig. „Viele ältere Menschen haben Angst vor Veränderungen in ihrer Wohnung und haben sich längst an Kanten, Schwellen und dicke Läufer auf dem Teppich gewöhnt, selbst wenn sie stören. Es reicht mir nicht, ihnen Veränderungen oder Hilfsmittel vorzuschlagen, sondern begleite die Wohnraumanpassung von Anfang bis Ende“, beschreibt Weichhaus. Ihre „Rundumbetreuung“ beginnt mit einer Wohnraumanalyse: Gibt es einen schwellenfreien Zugang? Wie weit ist der Nahverkehr und die nächste Einkaufsmöglichkeit? Wie breit sind die Türen, wie hoch die Hängeschränke angebracht? Wie ist das Bad geschnitten? Nach der Analyse bespricht sie sich mit dem Betroffenen, versucht Ängste zu nehmen und Überzeugungsarbeit zu leisten, ohne zu überreden. Nach den Gesprächen und Pla-

SoVD unterstützt Einrichtung einer Pflegeberatung

Der SoVD hat in einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten und SoVD-Mitglied Dr. Max Matthiesen deutlich gemacht, dass er die Initiative zur Einrichtung einer trägerunabhängigen Pflegeberatung unterstützt. Im Zuge der Novellierung des Niedersächsischen Pflegegesetzes ist geplant, die Einrichtung einer kommunal organisierten, trägerunabhängigen Beratung über Pflege- und Hilfsangebote und deren Finanzierung verpflichtend vorzuschreiben.

In einem Schreiben an die Sozialministerin Dr. Ursula von der Leyen und an alle Landtagsfraktionen hat sich der SoVD für dieses Beratungsangebot stark gemacht. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Ministerin, in Ihren Überlegungen zur Verabschiedung des Niedersächsischen Pflegegesetzes bitten wir Sie, folgende Gedanken zu berücksichtigen: In der Beratung zum Niedersächsischen Pflegegesetz wurde u.a. der § 6 Bereitstellung und Verpflichtung zur Zusammenarbeit neu gefasst. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) mit seinen 250.000 Mitgliedern in Niedersachsen begrüßt die Initiative der CDU-Landtagsfraktion, eine trägerunabhängige Pflegeberatung verpflichtend vorzuschreiben.

Wie wir schon bei der Anhörung in der CDU-Landtagsfraktion herausstellten, haben wir allerdings Bedenken, die Pflegeberatung ausschließlich bei den Kommunen anzusiedeln. Zum einen verfolgen die Kommunen als Betreiber von Pflegeheimen eigene Interessen, zum anderen sind sie als Sozialhilfeträger gehalten, die kostengünstigsten Lösungen für die Pflegebedürftigen anzubieten. So sehr wir natürlich davon überzeugt sind, dass wirtschaftliches Handeln unverzichtbar ist, befürchten wir, dass aus Kostengründen über bestimmte Hilfsangebote nicht beraten wird. Das Land Nordrhein-Westfalen hat gerade im August d. J. ein eigenes Landespflegegesetz mit der Verpflichtung verabschiedet, eine Pflegeberatung in kommunaler Verantwortung einzurichten, aber mit der Möglichkeit, diese Aufgabe auch an andere Anbieter zu übertragen. Wir halten diesen Gedanken durchaus für überlegenswert, weil wir auch in Niedersachsen Verbände haben, die sich dieser Aufgabe annehmen würden. Wie Sie wissen, verfügt z. B. der SoVD Niedersachsen über 61 Geschäftsstellen, d. h. wir sind mit einer kompetenten Sozialberatung in sämtlichen Landkreisen und großen Städten vertreten. Wir können uns vorstellen, dass auch unser Verband die Pflegeberatung als gesonderte Aufgabe übernehmen könnte, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über umfassende Kenntnisse der Sozialgesetze wie auch über Finanzierungsmöglichkeiten bei einer Pflegebedürftigkeit verfügen. Bei Übernahme dieser Aufgabe wäre uns an einem gedeihlichen Zusammenwirken mit den Kommunen, Pflegekonferenzen,

Pflegekassen etc. sehr gelegen. Für den § 6 Bereitstellung und Verpflichtung zur Zusammenarbeit schlagen wir Ihnen für den Absatz 1 Satz 2, folgende Formulierung vor: Pflegebedürftige, von Pflegebedürftigkeit Bedrohte und Angehörige erhalten kommunal organisierte, trägerunabhängige Beratung über Pflege- und Hilfsangebote und deren Finanzierung im Zusammenwirken aller an der pflegerischen Versorgung Beteiligten. Mit dieser Formulierung haben die Kommunen die Möglichkeit, diese Aufgabe entweder selbst zu übernehmen oder sie auf andere Verbände zu übertragen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diese Überlegungen in die Diskussion aufnehmen und bei der Verabschiedung des Niedersächsischen Pflegegesetzes berücksichtigen.

Neue Azubis in Bad Bevensen

Leicht ist es nicht, von der Schule in das Berufsleben zu wechseln, doch die drei neuen Auszubildenden im SoVD-Erholungszentrum in Bad Bevensen haben den Wechsel erfolgreich vollzogen. Fabienne Cattin (Foto Mitte) ist 21 Jahre alt und macht eine Ausbildung zur Restaurantfachfrau. Catharina Draack (19) hat ihre Ausbildung zur Hotelfachfrau zusammen mit Matthias Hebecker (17) am 1. August begonnen. Er lernt Restaurantfachmann. Die Lernbereitschaft, so Wirtschaftsleiter Friedemann Busch, ist bei allen drei groß. „Es macht Freude, täglich ihre Fortschritte zu sehen.“



„Die Rückmeldungen hinterher sind süß!“: Bärbel Weichhaus.

nungen geht es dann richtig los: Sie organisiert die Umbauten, übernimmt sämtliche Gespräche mit den Vermietern und Behörden, spricht mit Ärzten die Hilfsmittel ab und ist auch während des Umbaus in der Wohnung dabei. Sollte der Verbleib in der eigenen Wohnung nicht mehr möglich sein, hilft sie auch bei der Suche nach einer neuen, geeigneten Wohnung. Das für ein Jahr vorgesehene Projekt wird, sofern sich die finanziellen Landesmittel nicht stabilisieren, im Februar 2004 auslaufen. Weichhaus bedauert das sehr, zumal das Projekt erst jetzt wirklich anläuft. „Ich würde mir wünschen, dass es weiter geht, denn das Ziel ist, dass Menschen so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben können.“ Die 2. Landesvorsitzende des SoVD, Ursula Pöhler ergänzt: „Frau Weichhaus hat das Projekt bereits unseren Ortsverbänden vorgestellt. Ich halte es für besonders wichtig, dass in der Nachbarschaft darüber gesprochen wird, denn viele Betroffene wissen nichts von den Möglichkeiten. Wir würden uns freuen, wenn das Angebot über Februar 2004 hinaus bestehen bliebe.“

SD

→ **Infos**
Kommunaler Seniorenservice,
Hannover; Tel: 0511 / 16 84 15 76

→ **Infos**
Bärbel Weichhaus
Tel: (mobil) 0171 / 979 22 05

SoVD im Gespräch mit dem Behindertenbeauftragten Karl Finke

Am Rande der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages am 29. Oktober 2003 trafen sich Ursula Pöhler, 2. Landesvorsitzende, und Birgit Kloss, stellvertretende Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, mit dem Behindertenbeauftragten Karl Finke. Im Mittelpunkt des Gesprächs im Landtagsgebäude stand das Europaforum von Menschen mit Behinderungen (EufoMB). Außerdem wurde die Einführung von Induktionsschleifen thematisiert, also spezielle Kabel zum besseren Hörgeräte-Empfang in öffentlichen Gebäuden. Die Prüfung, inwieweit Induktionsschleifen landesweit vorhanden sind, wird ein weiterer gemeinsamer Schwerpunkt sein. Geplant ist eine landesweite Umfrage bzw. Prüfung in Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen. Außerdem wurde über das Eckpunktepapier zum Landesgleichstellungsgesetz gesprochen. Ge-



Karl Finke umrahmt von den SoVD-Damen Birgit Kloss (lks.) und Ursula Pöhler.

meinsam mit Finke wird sich der SoVD Niedersachsen für eine zügige Umsetzung eines Gleichstellungsgesetzes in Niedersachsen stark machen. Damit der Informationsaustausch zwischen dem SoVD, den Landtagsabgeordneten und dem Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen kontinuierlich fließt, werden die Arbeitsgespräche künftig regelmäßig im Niedersächsischen Landtag stattfinden.

BK

Zuzahlung für Heilmittel bei Reha-Maßnahmen

Im Bereich der Kurorte bestehen offenbar Unklarheiten über die Zuzahlungen bei Heilmitteln. Dazu erklärt der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Dr. Klaus Theo Schröder: „Bei Heilmitteln wie Massagen, Bädern und Krankengymnastik müssen bisher 15 Prozent der Kosten zugezahlt werden. Nach der Gesundheitsreform werden es zehn Prozent der Kosten sein (ab dem 1. Januar 2004) sowie zehn Euro pro Verordnung (Rezept). Sind im Rahmen einer Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme verschiedene Heilmittel verordnet worden, sind nur einmal zehn Euro pro Rezept zu zahlen.“